



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Newsletter 15/2010
November 2010

Reform der Gemeindefinanzen rückt näher

Aktuell bleibt die Debatte um eine Verstetigung der Gemeindefinanzen. Bundesfinanzminister Schäuble hat vergangene Woche das Gespräch mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbänden gesucht. Er bekräftigte dabei, eine Systemveränderung nur im Einvernehmen mit den Kommunen voranzutreiben und dabei sowohl einnahme- als auch ausgabeseitige Maßnahmen im Blick zu haben.

Auf das von der Bundesregierung eingebrachte Modell eines Ersatzes der Gewerbesteuer konnte man sich bislang nicht einigen. Es wurde aber verabredet, in der Gemeindefinanzkommission darüber zu diskutieren, den Kommunen eine Möglichkeit zu geben, den kommunalen Anteil von 15 Prozent an der Einkommensteuer innerhalb einer Bandbreite durch kommunale Entscheidungen selbst zu verändern. Hiermit würden sowohl die kommunale Selbstverwaltung als auch die Sicherung der Einnahmehasis gestärkt.

Der Bund wird im Gegenzug die Städte und Gemeinden dauerhaft von bestimmten sozialen Leistungen wie der Grundsicherung im Alter sowie bei Standards zu entlasten. Sollte der Bund künftig die Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung übernehmen, würde dies den Haushalt Erfurts jährlich um 9,5 Mio. €, den der Stadt Weimar um rund 1,9 Mio. € entlasten.

Steuervereinfachungen kommen

Die Abteilungsleiter der Finanzbehörden von Bund und Ländern trafen sich nun erstmals, um eine gemeinsame Linie abzustimmen und Vorarbeiten für einen Referentenentwurf zum Steuervereinfachungsgesetz zu leisten. Behandelt wurden rund 20 Vorschläge, darunter die meisten der von der Finanzministerkonferenz unterbreiteten Vorschläge sowie weitere des Bundesfinanzministeriums und der Länder. Die Erörterungen waren nicht abschließend. Am 18. November befasst sich der Koalitionsausschuss mit den Vorschlägen, Ende Januar 2011 soll ein Kabinettsbeschluss vorliegen.



96 Thüringer Kitas bekommen Sprachförderung

Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder hat die Initiative „Frühe Chancen“ vorgestellt. Sie soll kleine Kinder mit sprachlichem Förderbedarf frühzeitig unterstützen. Von 2011 bis 2014 stellt der Bund rund 400 Millionen Euro zur Verfügung, um bis zu 4.000 Einrichtungen, insbesondere in sozialen Brennpunkten, zu "Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration" auszubauen.

Jede der beteiligten Einrichtungen erhält pro Jahr 25.000 Euro aus Bundesmitteln, um damit eine Halbtagsstelle für zusätzliches, besonders qualifiziertes Fachpersonal zur Sprachförderung insbesondere von unter 3-Jährigen einzurichten. Eine Kofinanzierung ist nicht erforderlich.

In Thüringen können 96 Einrichtungen die Förderung erhalten. Gerade Kitas in Stadtteilen mit einem großen Ausländeranteil haben gute Chancen, durch das Programm zusätzliches Personal einstellen zu können und die Sprachförderung ihrer Einrichtung so deutlich zu verbessern.

Kindertageseinrichtungen können sich bis zum 15. Dezember 2010 unter www.fruehe-chancen.de als "Schwerpunkt-Kita Sprache & Integration" bewerben.

Weitere Informationen finden Sie unter
>>> www.fruehe-chancen.de.

Krisenmechanismus soll Euro sicher machen

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben Ende Oktober auf dem Europäischen Rat beschlossen, die europäische Währungsunion zu reformieren. Durch einen Krisenmechanismus soll der Euro in Zukunft sicherer werden, falls einzelne Länder in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Wiederholten Defizitsündern drohen künftig härtere Sanktionen. Dafür will die Gemeinschaft der 27 in geringem Umfang den Vertrag von Lissabon ändern.

Der Krisenmechanismus soll ab 2013 an die Stelle des derzeitigen Euro-Rettungsschirms treten. Er soll EU-Staaten in finanziellen Schwierigkeiten helfen, die Krise zu überwinden, ohne dass andere EU-Länder einspringen müssen. Das vertragliche Verbot, wonach die Union und ihre Mitgliedsländer nicht für die Schulden anderer Mitgliedsländer haften (so genanntes Bail-out-Verbot), bleibt bestehen.

Neu ist, dass auch private Gläubiger der Staaten wie Banken oder Fonds mit in die Haftung genommen werden. Damit tritt die EU auch der Spekulation gegen einzelne Staaten entgegen. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) soll einbezogen werden.

Über Grundzüge des Krisenmechanismus wollen die europäischen Staats- und Regierungschefs bereits im Dezember entscheiden.

Lebenserwartung in Thüringen nimmt zu

Die Lebenserwartung der Thüringer hat weiter zugenommen. Sie liegt für den aktuellen Zeitraum 2007/2009 für einen neugeborenen Jungen bei 76,2 Jahren und für ein neugeborenes Mädchen bei 82,0 Jahren. Das sind 6,3 bzw. 5,7 Jahre mehr als vor 18 Jahren (1989/91) und 3,2 bzw. 2,3 Jahre mehr als vor 10 Jahren (1997/99).

Gegenüber der vom Statistischen Bundesamt für Deutschland berechneten Lebenserwartung für neugeborene Jungen und Mädchen (77,3 bzw. 82,5 Jahre) liegt sie in Thüringen um fast 1,2 Jahre (Jungen) bzw. 0,5 Jahre (Mädchen) darunter. Im Vergleich mit dem Durchschnitt aller neuen Bundesländer sind es 0,1 bzw. fast 0,4 Jahre.

Damit erreicht die durchschnittliche Lebenserwartung den höchsten Stand seit Berechnung der ersten Sterbetafel 1871/1881.

(Stat. Bundesamt, Thüringer Landesamt für Statistik)

>>> Informationen zur Gesundheitspolitik <<<

Unter www.antje-tillmann.de können Sie aktuelle Informationsschreiben zum Arzneimittelneuordnungsgesetz sowie zum GKV-Finanzierungsgesetz abrufen.



Robert Hochbaum, Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages und Antje Tillmann diskutierten mit den Soldatinnen und Soldaten des Landeskommmando Thüringens über die Struktur der Bundeswehr.

Städtebauförderung bleibt auf hohem Niveau

Der Haushaltsausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung die Aufstockung des Programmvolumens für die Städtebauförderung 2011 um 150 Millionen auf insgesamt 455 Millionen Euro beschlossen. Damit wird ein zusätzliches Investitionsvolumen in Höhe von ca. 3,7 Milliarden Euro angestoßen. Das schafft und sichert ca. 200.000 Arbeitsplätze im regionalen Handwerk und Baugewerbe.

Diese Entscheidung zugunsten dieses investiven Bereichs wurde trotz der erforderlichen Sparanstrengungen für den Bundeshaushalt 2011 getroffen. Der Bund wird auch in Zukunft seinen Beitrag für die Kommunen bei wichtigen städtebaulichen Projekten leisten.

Gute Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren

Mit dem Ersten Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes berichtet die Bundesregierung in dieser Woche über den Stand des Ausbaus der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, der zugleich auch eine Einschätzung zum weiteren Entwicklungsbedarf liefert.

Thüringen konnte die Betreuungsquote zwischen 2008 und 2009 um 3,9 Prozent steigern. Damit verzeichnete nur Mecklenburg-Vorpommern einen stärkeren Anstieg als der Freistaat (4,6 Prozent). 2009 lag die Betreuungsquote in Thüringen bei 42,8 Prozent und damit etwas tiefer als der Durchschnitt der ostdeutschen Länder (47,2 Prozent).

Impressum

Antje Tillmann MdB

antje.tillmann@bundestag.de

Redaktion: Johannes Nehlsen, 12. November 2010